

Rheinfelder Montagsdemo



**Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,
ich begrüße Euch zur 262. Montagsdemonstration!**



Auf Irene ist immer Verlass, so auch bei der 262. Montagsdemo!

Wachstumsbeschleunigungsgesetz

Kein Tag vergeht an dem nicht von dem Wirtschaftsbeschleunigungsgesetz geredet wird. Eine neue Wortschöpfung wie sie immer schneller kriert werden. Wir wissen bei neuen Wortschöpfungen ist immer Vorsicht geboten, so auch mit dem **Wachstumsbeschleunigungsgesetz**. Dieses Gesetz geht von der Annahme aus, dass wenn die Unternehmer und einige gut Verdienenden jetzt weniger Steuer Zahlen, diese Unternehmer damit wieder investieren bzw. Gutverdienenden wieder mehr Geld ausgeben. So soll die Wirtschaft Fahrt gewinnen um schneller aus der Weltwirtschaftskrise heraus zu kommen. Also auf gut deutsche jetzt Schulden machen, auf einige Millionen mehr oder weniger kommt es auch nicht mehr an.

Aber die geplanten und bereits beschlossenen Steuersenkungen müssen ja auch bezahlt werden. Also werden Bund Länder und Kommunen die bereits hoch verschuldet sind, über weitere Steuerausfälle zur Kasse gebeten.

"2010 sollen 6,1 Mrd. € erbracht werden. 2011 sind es dann 8,2 Mrd. und das geht bis 2014. Die Kommunen trifft es im Durchschnitt mit 1,7 Mrd. Über die Kommunen werden wir die Bevölkerung zur Kasse zu bitten.

In Rheinfelden sind laut OB bis Ende 2010 die letzten Reserven aufgebraucht. (BZ.11.1.2010) Die Kreditaufnahmen beträgt 3,350 Millionen € und so wie es aussieht wird der Haushalt mit seiner neuen Schulden vom Regierungspräsidium Freiburg auch abgesegnet, weil die Tilgung der neuen Schulden gewährleistet sei.

Neue Bauvorhaben können keine mehr umgesetzt werden. Die geplante Erhöhung der Grundsteuer konnte nicht durchgesetzt werden. Aber bei den Kindergärten sollen die Beiträge für alle angehoben werden und später wird ein gestaffelter Beitrag erhoben. Besser verdienende sollen dann mehr als Geringverdiener bezahlen. (BZ vom 19.11.09) so wird dann doch noch "Gerechtigkeit" hergestellt. Für den Bau eines zentralen Jugendhauses ist kein Geld da.

Die neueste Masche ist der Bürgerhaushalt. Da dürfen die Bürger mitbestimmen wo auf ihre Kosten gespart werden soll. Dieses Konzept des Bürgerhaushalts wurde von der Bertelsmann Stiftung entwickelt. In dieser Stiftung sitzen zahlreiche Vertreter internationaler Monopole. Ziel ist es so die Bevölkerung selber in diese Umverteilungspolitik mit ein zu beziehen in der Hoffnung das sie in der Bevölkerung akzeptiert wird

Stattdessen braucht einen breiten Zusammenschluss gegen diese ganze Angriffe und der Umverteilungspolitik.

Bei den jetzt anstehenden Lohnrunden soll der schwarze Peter den Beschäftigten die eine Lohnerhöhung zugeschoben werden

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz